

Transformation des Dietiker Rapid-Areals

Baubeginn von Schlüsselprojekten im neuen Stadtteil «Limmatfeld»

Die Tage der ehemaligen Rapid-Produktionsstätten beim Bahnhof Dietikon sind gezählt: Am Donnerstag ist der Baubeginn der zweiten Etappe des für 1500 Einwohner und ebenso viele Arbeitsplätze konzipierten neuen Stadtteils «Limmatfeld» gefeiert worden.

vö. Bereits weit fortgeschritten ist die erste Bau-

phase auf dem insgesamt gegen 10 Hektaren grossen Limmatfeld. Nach den Plänen der bekannten Zürcher Architekten Gigon und Guyer sind in den letzten Monaten am Oberwasserkanal 35 Miet- und 50 Eigentumswohnungen für den gehobenen Mittelstand entstanden. Im Herbst ziehen die ersten Bewohner in den Erlenhof ein.

Entlang der Bahnlinie werden nun in den nächsten zwei Jahren zwei Grossprojekte mit insgesamt 210 Wohnungen der renommierten Architekten Adolf Krischanitz, Wien, und Hans Kollhoff, Berlin, entstehen. Kollhoffs Projekt, das mit seinen Erkern, Loggias und Balkonen den Charakter eines grossbürgerlichen Stadthauses aus dem 19. Jahrhundert hat, ist mittlerweile allerdings von einem anderen Büro überarbeitet worden. Weil er aus Kostengründen auf die verputzte Fassade verzichten musste, ist Kollhoff vom Projekt zurückgetreten. Die neuen Wohn- und Geschäftshäuser, in deren Erdgeschoss Restaurants und Läden vorgesehen sind, umgeben den neuen Rapidplatz, der sich im Endausbau über eine Länge von 150 Metern erstrecken soll. Einen weiteren Akzent wird ein 80 Meter hohes Hochhaus setzen, dessen Planung in Gang ist. Demnächst erfolgt die Baueingabe für eine weitere, an den künftigen Stadtplatz grenzende Gebäudegruppe mit 120 Wohnungen nach Plänen der Zürcher Architekten Baumschlager und Eberle.

Die Grundlage für die Umwandlung der Dietiker Industriebrache in ein gemischt genutztes Quartier bildet ein städtebauliches Konzept von Hans Kollhoff. Es sieht sowohl klassische Blockrandbebauungen als auch freistehende Gruppen von einzelnen Stadthäusern vor. Der Architekturprofessor unterteilte das Baugebiet in drei individuell zu gestaltende Baugebiete: Entlang der Bahnlinie und der Überlandstrasse, wo das Hochhaus den Übergang in den neuen Stadtteil und zum zentralen Stadtplatz markiert, ist die Baustruktur am dichtesten. In Richtung Oberwasserkanal nimmt der Wohnanteil zu, und entsprechend öffnet sich die Baustruktur. Mit diesem Entwicklungsleitbild gewann Kollhoff 2002 einen Wettbewerb. 2005 genehmigte das Gemeindeparlament den privaten Gestaltungsplan, den die fünf Grundeigentümer des Limmatfelds unter der Federführung von Rapid und Halter zusammen mit den Stadtbehörden erarbeitet hatten. Mit der Vergabe der Projekte an Stararchitekten möchten die Verantwortlichen ein gut situiertes, urbanes Publikum fürs Wohnen im Limmattal gewinnen.



Im Dietiker «Limmatfeld» entsteht Wohnraum für den gehobenen Mittelstand.

ADRIAN BAER

Deutlich höhere Kosten für Villa-Patumbah-Sanierung

15,3 statt 9 Millionen Franken

Die Villa Patumbah in Zürich rückt nach der Abstimmung zum gleichnamigen Park erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ihre Sanierung kostet die öffentliche Hand nun über 5 Millionen Franken mehr als geplant.

ami. Die Sanierung der Villa Patumbah im Zürcher Seefeld kostet wesentlich mehr als ursprünglich angenommen. Nach Abschluss der Projektierungsarbeiten steht fest, dass die Gesamtkosten auf 15,3 Millionen Franken zu liegen kommen. Vor drei Jahren war man noch von 9 Millionen Franken ausgegangen. Die Besitzerin der Villa, die Stiftung Patumbah, steht nun vor einer Finanzierungslücke in Millionenhöhe. Wie aus einer am Donnerstagabend an den Zürcher Gemeinderat verschickten Vorlage hervorgeht, möchten Stadt und Kanton Zürich Hand bieten, die dringend notwendige Gesamtsanierung mit zusätzlichen Beiträgen zu sichern.

Stadt und Kanton springen in die Bresche

Die Villa gehört der privaten Stiftung Patumbah. Die Stadt Zürich hatte ihr vor drei Jahren das Juwel aus der Gründerzeit für 1,26 Millionen Franken verkauft, nachdem lange eine Nutzung für das denkmalgeschützte Gebäude gesucht worden war. Die Stiftung sollte es für 9 Millionen Franken renovieren und an den Schweizer Heimatschutz vermieten, der dort ein Zentrum für Baukultur einrichten will. Die Stadt gewährte damals der Stiftung ein verzinsliches und rückzahlungspflichtiges Darlehen für den Kaufpreis des Gebäudes. Sie legte zudem fest, sich an der Sanierung mit einem unverzinslichen Darlehen in der Höhe von 3 Millionen Franken sowie einem Denkmalpflegebeitrag von 500 000 Franken zu beteiligen. Der Kanton sicherte seinerseits einen Denkmalpflege-Beitrag von 4,3 Millionen Franken für die Sanierungskosten zu.

Diese öffentlichen Mittel reichen nun allerdings nicht, um die Sanierung wie geplant durchzuführen. Rechnet man Sponsoring- und sonstige Beiträge Dritter mit ein, könnte die Stiftung zwar rund 10 Millionen Franken Sanierungskosten abdecken, nicht jedoch 15,3 Millionen Franken. Wie aus der Vorlage hervorgeht, haben sich nun Stadt, Kanton und Stiftung auf folgendes Finanzierungsmodell geeinigt: Der Kanton erhöht seinen bereits versprochenen Beitrag um 2,65 Millionen Franken, und auch die Stadt wird ihr finanzielles Engagement um einen ähnlich hohen Betrag ausweiten: So verzichtet sie auf die Rückforderung und Verzinsung ihres Darlehens von 1,26 Millionen Franken für den Kaufpreis und erhöht gleichzeitig ihr Darlehen für die Sanierung von 3 Millionen Franken auf 3,5 Millionen Franken.

Villa soll weiterhin bei Stiftung bleiben

Dass die Stadt von ihrem Rückkaufrecht Gebrauch macht und die Sanierungen selbst in die Hand nimmt, scheint gemäss Vorlage keine gangbare Alternative. Denn damit würde nicht nur der kantonale Beitrag wegfallen, sondern wahrscheinlich auch die finanzielle Zusage Dritter. Auch wenn die Stadt also alle aufgezählten Beiträge ausrichten würde – mit dem vorliegenden Modell müsste die Stadt mit einem Gesamtaufwand von 7,6 Millionen Franken rechnen –, wäre dies für sie immer noch günstiger, als die Gesamtkosten von 15 Millionen Franken alleine berappen zu müssen. Am bisherigen Modell der Abtretung der Villa an die Stiftung Patumbah will die Stadt deshalb festhalten, wie es heisst. Das letzte Wort hat allerdings der Gemeinderat. In der Vorlage wird im Weiteren betont, dass die Stiftung Patumbah keine Schuld am deutlich höheren Sanierungsaufwand trage. Dass die Kosten nun derart hoch seien, sei auf die seit Jahren aufgeschobene Sanierung der Villa zurückzuführen.

Von der Villa Patumbah unabhängig ist das Bauprojekt im nördlichen Teil des gleichnamigen Parks. Dort entstehen ein orientalisches Dampfbad sowie Wohnungen. Eine Volksinitiative hatte Anfang Jahr die Freihaltung der gesamten Parkfläche gefordert, scheiterte bei den Zürcher Stimmbürgern jedoch deutlich.

VON TAG ZU TAG

Der Zirkus Chnopf feiert Jubiläum. Der Zirkus Chnopf geht in seine 20. Saison. «En Mémoire» heisst das neue Programm. Es hat am Samstag, 20. Juni, um 19 Uhr im Winterquartier des kleinen Theaterzirkus im Hagenholz in Zürich Oerlikon Premiere. Anschliessend gibt es ein Konzert des Mundart-Mambo-Orchesters Chica Torpedo. Am Sonntag, 21. Juni, zeigt der Zirkus Chnopf «En Mémoire» ein zweites Mal, ehe er sich auf seine Tournee begibt. Vom 9. bis 13. September dann soll das 20-Jahr-Jubiläum mit einem Fest auf dem Turbinenplatz in Zürich richtig gefeiert werden. *(sda)*

Stadtrundfahrt mit dem Tram. Unter dem Titel «Erfahre Zürich» bieten die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) ab 20. Juni «lehrreiche Stadtrundfahrten» im Oldtimer-Tram an. Sie richten sich sowohl an Einheimische wie auch an Touristen. Die zweistündigen Exkursionen finden alle zwei Wochen samstags statt. Die Sehenswürdigkeiten werden in Deutsch und Englisch erklärt, wie die VBZ in ihrer Mitteilung schreiben. *(sda)*

Regierungsrat setzt Polizeigesetz in Kraft

Stichdatum ist der 1. Juli

-yr. Mit einer Verspätung von einem halben Jahr gegenüber dem ursprünglichen Fahrplan setzt der Regierungsrat das kantonale Polizeigesetz auf den 1. Juli in Kraft. Dies hat der Regierungsrat am Donnerstag bekanntgegeben. Das Polizeigesetz regelt erstmals die Arbeit sämtlicher Polizeikräfte auf gesetzlicher Ebene. Es war im Februar letzten Jahres bei einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 75 Prozent angenommen worden. Später reichten linke Kreise eine Beschwerde beim Bundesgericht gegen das neue Gesetz ein. Beanstandet wurden diverse Bestimmungen, die nach Ansicht der Beschwerdeführer der Bundesverfassung oder der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht genügen. Das Bundesgericht hat die aufschiebende Wirkung bereits letztes Jahr abgewiesen. Vor einem Monat verabschiedete der Kantonsrat zudem die Verordnung über polizeiliche Zwangsmaßnahmen, die das Polizeigesetz ergänzt.

Dargebotene Hand Zürich führte 22 000 Gespräche

(sda) 36 925 Mal hat im vergangenen Jahr bei der Dargebotenen Hand Zürich das Telefon geklingelt. Insgesamt führten die Telefonberaterinnen und -berater 21 848 Gespräche mit 15 977 hilfesuchenden Frauen und 5871 Männern. Mehr als ein Drittel der Gespräche fand nachts statt, wie die rund um die Uhr erreichbare Dargebotene Hand Zürich in ihrem Jahresbericht schreibt. Hauptgründe für die Anrufe waren Ängste, Depressionen und weitere psychische Probleme (18 Prozent), Probleme bei der Alltagsbewältigung (11 Prozent) und Einsamkeit (10 Prozent.) 1261 Personen (davon 917 Frauen) suchten online Hilfe bei der Dargebotenen Hand. Insgesamt leisteten neben einem kleinen Fachteam 94 Freiwillige Dienst bei der Dargebotenen Hand. Die Kosten des Telefondienstes werden zum grössten Teil von den beiden Landeskirchen bestritten.

Nicht bei der Qualität der Bildung sparen

Programm der FDP-Kantonsratsfraktion gegen die Krise

Kaufkraft stärken, Konzentration des Kantons auf Kernaufgaben, Abbau von bürokratischen Hürden, nachfrageorientierte Bildung: Die FDP präsentiert ihre Ideen zur Überwindung der Krise.

üy. Die Titel klingen ähnlich, der Inhalt ist – naturgemäss – unterschiedlich. Zwei Wochen nach der Medienorientierung der kantonalen SP unter dem Motto «Der Krise begegnen – aus der Krise lernen» präsentierte gestern Donnerstag auch die Kantonsratsfraktion der FDP unter dem Motto «Handeln in der Krise – fit für den Aufschwung» ihre Vorschläge, wie der Wirtschaftskrise am besten beizukommen sei. Das Massnahmenprogramm der Partei ist in sechs Punkte gegliedert. So fordert die FDP allem voran die Stärkung der Kaufkraft. Sie unterstützt die Steuergesetzrevision 2009, welche den Mittelstand und Familien entlasten soll, will einen automatischen Ausgleich der kalten Progression alle zwei Jahre, höhere Abschreibungssätze beziehungsweise kurzfristige Sofortabschreibungen von Neuinvestitionen und eine verursachergerechte Prüfung von Gebühren. Im Hinblick auf einen «massiven Einnahmeneinbruch» verlangt die FDP laut Fraktionspräsident Thomas Vogel, dass der Staat sich auf Kernaufgaben konzentriert, klare Prioritäten bei Investitionen und Ausgaben setzt und eine Verzichtsplannung macht. Besonders ärgerlich sei, dass der Kanton zurzeit vom Bund zu zahlende Projekte vorfinanzieren müsse. Diese Beträge seien bis spätestens 2015 zurückzuzahlen.

«Sinnbild für unnötige Regulierungen»
Ein Dorn im Auge ist der FDP auch die derzeitige Diskussion um die Tankstellenshops beziehungsweise deren Öffnungszeiten und das je nach Zeitpunkt zulässige Sortiment. «Dies ist geradezu ein Sinnbild für unnötige Regulierungen», so Vogel. Auch würde damit die Möglichkeit gefährdet, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die FDP fordert die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sowie eine kritische Durchleuchtung von allen

kantonalen Gesetzen und Verordnungen auf eine mögliche Vereinfachung oder sogar Abschaffung hin. Die Partei setzt sich für einen Abbau von bürokratischen Hürden und eine Vereinfachung der Administration ein. «Wer Arbeitsplätze schaffen kann und will, dem sollen keine unnötigen Steine in den Weg gelegt werden», so Regine Sauter, die Vizepräsidentin der Fraktion. So dauere beispielsweise die Anschaffung oder Verlängerung einer B-Bewilligung für die Anstellung von Ausländern immer noch unnötig lange.

Wichtig sei aber auch, auf den Aufschwung nach der Krise vorbereitet zu sein, so Parteipräsident Beat Walti. Bei der Qualität der Aus- und Weiterbildung dürfe deshalb nicht gespart werden. Jedoch müsse sich das Bildungsangebot nach der Nachfrage der Wirtschaft richten und nicht umgekehrt. Staatlich subventionierte Hochschulangebote seien kritisch zu überprüfen und eine Erhöhung der Studiengebühren nötig.

Gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit

Zum Massnahmenprogramm der FDP-Fraktion gehört auch eine offensivere Vermarktung des Finanzplatzes Zürich. Die hohen Standards, beispielsweise im Bereich der Geldwäscherei, müssten dabei aktiv bekannt gemacht werden. Daneben hält die FDP eine institutionalisierte Zusammenarbeit der finanzstarken Kantone Genf, Zug und Zürich für sinnvoll, um gemeinsamen Interessen auf Bundesebene mehr Gewicht verleihen zu können. Nicht zuletzt gelte es im Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit, aber auch für die Wirtschaft und die öffentliche Hand zusammenzuspannen: also keine Entlassung von Angestellten, die vielleicht bereits in einem Jahr wieder gebraucht werden, nur um kurzfristig Kosten zu sparen; keine Sanierung der Arbeitslosenversicherung zulasten der Sozialhilfe und damit der Gemeinden; aber eine Ausweitung der Kurzarbeit und Arbeitszuschüsse aus der Arbeitslosenversicherung, eine Überbrückungsfinanzierung für Selbständigerwerbende sowie die Bildung eines Fonds durch Wirtschaft, Kantonalbanken und Kantone zur Unterstützung von KMU.